

Slowakei

Juraj Alner / Bernd Hüttemann

Das erste Jahr des „EU-Neulings“ Slowakei verlief ohne Überraschungen. Das Land machte erste selbstbewusste Schritte. Die slowakische Innenpolitik stand nicht plötzlich unter neuen europäischen Vorzeichen. Die großen Anstrengungen der Vorjahre, alle Kapitel des gemeinschaftlichen Besitzstandes zu erfüllen, haben eine ausgeprägte Sachkompetenz auch im europäischen Tagesgeschäft bewirkt, bei allen Abstrichen aber auch Vorteilen, die für kleine Staaten mit schlanken Administrationen gelten. Insgesamt erreicht die Slowakei ihre eigenen im Sinne einer konsequenten Standortpolitik gesteckten Ziele. Die Exekutive verdankt ihre unbestrittenen Erfolge möglicherweise der fragmentierten Parteiendemokratie. Die Opposition spielt auch im Bereich der Europapolitik keine Rolle.¹

Parteienlandschaft – Parlament – Regierung

Auch 15 Jahre nach der Wende und 12 Jahre nach der Entstehung der Slowakischen Republik ist die Parteienlandschaft nicht etabliert und oft auch für den innenpolitischen Kenner undurchschaubar. Nach den Parlamentswahlen 2002 wird die Regierungskoalition der vier Parteien im Nationalrat durch 78 von 150 Parlamentsabgeordneten unterstützt. Bis Ende August 2004 ist ihre Zahl auf 66 geschrumpft. Die Regierung stand wieder vor dem Zerfall. Einzig die Christlichdemokratische Bewegung (KDH) und die Partei der Ungarischen Koalition (MKP/SMK) sind personelle und programmatische Konstanten der Politik. Die Slowakische Demokratische Christliche Union (SDKÚ) des Regierungschefs Mikuláš Dzurinda schwankt zwischen liberaler und christdemokratischer Positionierung und hat 7 Abgeordnete verloren. Die wenig liberale Allianz des neuen Bürgers (ANO) ist mittlerweile zerfallen. Ihr Vorsitzender Wirtschaftsminister Pavol Rusko wurde als vierter Minister vom Staatspräsidenten abberufen. Es sind von September auf Juni 2006 vorgezogene Wahlen zu erwarten. Gänzlich unklar ist, welche neue Regierungskoalition dann gebildet werden könnte. Mathematik der Mehrheit ist für die meisten Parteien immer noch ein wichtigeres Kriterium als politische Programme.

Die Minderheitsregierung ist nur Dank der zerstrittenen Opposition lebensfähig, in der sich Vladimír Mečiar's Bewegung für die demokratische Slowakei – Volkspartei (HZDS-LS) sporadisch der SDKÚ nähert. Ein neues Bündnis aus KDH und MKP/SMK hätte nur mit der unternehmerfreundlichen „Die Richtung“ – Sozialdemokratie (Smer – Sociálna demokracia) des populistischen Juristen Robert Fico Aussicht auf Regierungsbildung. Bei den neuesten Umfragen nähert sich die Zustimmung für Smer 30 %, für HZDS-LS 15 %. Alle regierenden Parteien zusammen würden 2005 kaum 35 % der Stimmen erhalten.² Es gibt im Parlament

¹ Eine der wenigen Übersichtsdarstellungen zu Slowakei/EU: Bílčík, Vladimír: Slovak Republic and the European Union, in: Kollár, M. / Mesežnikov, G. (Hrsg.): A Global Report on the State of Society, Slovakia 2004, Bratislava 2005, S. 353-370.

² ÚVVM ŠÚ (Statistisches Amt) April 05.

mehrere Abgeordnete, die aus ihren Fraktionen ausgetreten sind und neue Parteien schufen, mit wechselndem und damit unberechenbarem Abstimmungsverhalten.³

Trotz dieser offenbar chaotischen innenpolitischen Lage konnte Dzurinda auch 2004/2005 Kurs halten. Seine zweite Regierung setzt weiterhin entschlossen alle wichtigen Reformen um. Gerade angesichts der instabilen Rahmenbedingungen nutzt die Regierung die europäische Integration und hat das Land für die Europäische Union und die NATO salonfähig gemacht. Gleichzeitig ist die EU in der Slowakei eindeutig ein stabilisierender Faktor, den Dzurinda konsequent nutzt.

Standort Slowakei: Wirtschaft und Soziales

Das Wirtschaftswachstum der Slowakei betrug 2004 5,5 %. Die Reallöhne sind um 2,5 % gestiegen. Die Arbeitslosigkeit ist bis Sommer 2005 auf 12,7 % gesunken (1998 noch 18 %), in der Hauptstadt Bratislava auf 3 %. Hoch ist sie weiterhin in der Mittel- und Ostslowakei (über 19 %).⁴ Die Regierung beschränkt sich mittlerweile auf Investitionshilfen für besonders schwache Regionen. Die statistischen Angaben zeigen, dass sich die Wirtschaft in der Slowakei schneller entwickelt hat, als in den anderen mittelosteuropäischen Ländern, mit Ausnahme Tschechiens, das gegenüber der Slowakei einen Standortvorteil besaß. In ihrem Wirtschaftsbericht 2004 hat die OECD die Standortpolitik Dzurindas gelobt: „die Slowakei ist der beste Reformatoren in Mittel- und Osteuropa“.⁵ Dauerthema ist die mögliche Einführung des Euro. Die Nationalbank bereitet sich bereits intensiv auf die Einführung am 1. Januar 2009 vor. Die Steuerreform („eine flat tax mit 19 %“), die Gesundheits-, Renten- und Sozialreform waren deutlich und in mancher Hinsicht schonungslos gegenüber den sozial schwachen Schichten, können aber langfristig und nach notwendigen Korrekturen das Land in Richtung europäischen Durchschnitt bringen. Die Schulreform ist nicht gelungen und wird bis zur nächsten Wahlperiode warten müssen. Es ist zudem nicht gelungen, Korruption wesentlich abzubauen. Sie ist in allen Ebenen der Gesellschaft und in fast allen Bereichen zu beobachten. Die höchste herrscht laut Umfragen im Gesundheitswesen, bei den Gerichten, in den Schulen, in der Verwaltung, bei der Polizei. Schmiergelder haben 31 % der Slowaken bezahlt – im Jahre 1998 waren es noch 45 %.⁶ Die Maßnahmen um dies in Ordnung zu bringen sind nicht ausreichend, die Gesetze inkonsequent.

Das Problem der Slowakei in den 90er Jahren waren mangelnde Auslandsinvestitionen. Die einzigen großen Unternehmen waren Volkswagen und US Steel. Die Erwartungen für 2005 waren hoch, blieben jedoch auf halbem Wege stecken. Die größte Investition des Jahres 2005 tätigte KIA Hyundai (14 Mrd. Euro) in der Nordslowakei. Mittlerweile hat aber ein Gericht nach Klagen von Grundstückseigentümern den Bau von Infrastrukturmaßnahmen gestoppt. Im Jahre 2004 hat man mit dem Bau der Automobilfabrik PSA Peugeot Citroën begonnen. Die Gesamtinvestition umfassen 700 Mio. Euro, die Herstellung von Kleinwagen soll 2006 beginnen. Die Regierung verhandelt den Verkauf der Slowakischen Elektrizitätswerke (incl. Atomkraftwerk Mochovce) an Enel (Italien) für über 2,5 Mrd. Euro. Hohe Erwartungen an MAN haben sich nicht erfüllt. Ende Juli 2005 kam die Entscheidung für Polen und gegen die Ostslowakei. Im Herbst 2005 verkauft das Verkehrsministerium das Eisenbahnnetz Cargo Slovakia.

3 Für die Kommunalwahlen im November 2005 setzt sich die Zersplitterung der Parteienlandschaft fort. Es bilden sich Koalitionen aus den im Nationalrat gegnerischen Parteien in allen vorstellbaren Kombinationen.

4 Ústredie práce, sociálnych vecí a rodiny (Zentralamt für Arbeit, Soziales und Familie), August 2005.

5 SITA, TASR 30.11.2004.

6 Transparency International Slovakia, Juli 2005, in: Hospodárske noviny, 06.07.2005.

NATO und EU-Erweiterung

Die Slowakei wurde am 29. März 2004 Vollmitglied der NATO. Dies geschah fast unbeachtet von der Öffentlichkeit. Auch noch nach einem Jahr wird dieses Thema von der Bevölkerung kaum beachtet. Die Regierung jedoch nimmt alle damit zusammenhängenden Pflichten sehr ernst. Die offizielle – in der Öffentlichkeit kaum umstrittene – Position ist, dass man Europa und Amerika nicht voneinander trennen dürfe. Die NATO ist somit auch ein Symbol für einen umfassenden euroatlantischen Raum.⁷

Das EU-Mitglied Slowakei hat sich aktiv für die Erweiterung um die Kandidatenländer Rumänien und Bulgarien eingesetzt. Der slowakische Nationalrat hat am 21. Juni 2005 den Vertrag über den EU-Beitritt der beiden Länder zur EU ratifiziert. Für das kulturell sehr nahestehende Kroatien hat sich Bratislava trotz aller Bedenken durch die meisten Mitgliedstaaten in Brüssel besonders stark gemacht. Die Entscheidung des Allgemeinen Rates der EU, mit Kroatien auf Grund der attestierten mangelhaften Kooperation mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal vorerst keine Beitrittsverhandlungen zu eröffnen, hat Ministerpräsident Dzurinda ausdrücklich bedauert. Anders verhält es sich mit dem Beitrittskandidaten Türkei. Die Slowakei folgt zwar der allgemeinen Linie, Ankara den Beitritt prinzipiell zu ermöglichen.⁸ Das zum Teil dogmatisch christdemokratisch geprägte Land unterstützt aber nicht aktiv eine türkische Mitgliedschaft.⁹ Ein besonderes Interesse der Slowakei besteht weiterhin an einer engen Anbindung des Nachbarn Ukraine an die Europäische Union. Die Slowakei hat sich verstärkt in die multilaterale Gruppe der „Visegrader 4“ (Slowakei, Ungarn, Polen, Tschechien, „V4“) eingebracht.¹⁰ Die Slowaken zählen in den EU-25 zu den drei größten Befürwortern einer weiteren Erweiterung.¹¹ Sie unterstreichen die klaren Prioritäten slowakischer Außenpolitik für die Ukraine und den westlichen Balkan.

Die Slowakei im Institutionengefüge der EU

Im Gegensatz zum Nationalrat erfuhr die Fraktionszugehörigkeit der slowakischen Europaabgeordneten im ersten Jahr keine Veränderungen.¹² Dass sich Smer mittlerweile auch im Namen Sozialdemokratie nennt, liegt sicher auch an der Eingliederung ihrer Abgeordneten in die SPE. Alle slowakischen Abgeordneten votierten geschlossen für den neuen Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso. Sie gehören fast nur der EVP-ED- bzw. SPE-Fraktion an. Die Slowaken treten im Europäischen Parlament dabei durchaus als nationale Gruppe auf. Der vielfach beklagten äußerst niedrigen Wahlbeteiligung zum Europaparlament von knapp 17 % wurde schon zu Beginn des EU-Beitritts eine überaus hohe allgemeine Zustimmungsrate zur EU entgegengestellt. Noch im Januar 2005 ermittelte das nationale Statistikamt eine Zustimmung von über 80 %.¹³

7 Etwa 61 % unterstützen die Mitgliedschaft in der NATO, SAV + SRo, 01.03.05.

8 Dzurinda folgte der EVP-ED-Linie für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen, aber ohne Ergebnisgarantie. Vgl. Agence Europe, 16.12.2004.

9 Im Gegensatz dazu leistet die Slowakei aktive Heranführungshilfen für Kroatien.

10 Vgl. Lang, Kai Olaf: Eine neue Visegrád-Gruppe? SWP-Aktuell 27, Juni 2004. Zur Nachbarschaftspolitik vgl. auch das dreitägige Treffen der Vertreter der Parlamentsausschüsse für europäische Angelegenheiten der Visegrader-Vier-Gruppe im westslowakischen Casta-Papiernicka.

11 Eurobarometer 63/2005, Befragung Mai-Juni 2005, S. 26, einschließlich Türkei. http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/eb63/eb63.4_de_first.pdf.

12 Acht Abgeordnete in der EVP-ED-Fraktion, drei in der SPE. Die Abgeordneten von HZDS-LS blieben fraktionslos.

13 IVVM ŠÚ (Inštitút pre výskum verejnej mienky Štatistického úradu SR).

Die Ernennung des ehemaligen Beitritts-Verhandlungsführers Ján Figel' zum EU-Kommissar war keine Überraschung. Trotz der Affinität zu Wirtschaftspolitik und der anfänglichen Zuordnung Figel's zur Unternehmenspolitik, wurde Figel ein gänzlich anderes Aufgabenfeld zugeteilt. Während der Anhörung im Europaparlament stieß auch sein betont christliches Europabild auf keine persönliche Fundamentalkritik. In der neuen Barroso-Kommission ist er seit dem 22. November 2004 für das Ressort „Allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit“ zuständig.

Die Krise der Europäischen Union

Wie schon anlässlich der gescheiterten Regierungskonferenz 2003 hat auch nach den negativen Referenden in Frankreich und in den Niederlanden die slowakische Seite die Krisensituation bedauert. Die Slowakei passte sich somit problemlos in den Beschluss des Europäischen Rates vom Juni 2005 ein, den Ratifizierungsprozess vorerst nicht zu stoppen und eine Reflexionsphase einzuleiten. Mit einem „Bisher kam nichts Besseres zustande“¹⁴ folgte Dzurinda der allgemeinen Linie. Am 11. Mai hat der slowakische Nationalrat mit 116 Stimmen bei 147 anwesenden Abgeordneten für die Ratifizierung des Verfassungsvertrages gestimmt. Hauptpunkte in der Debatte waren die Betonung eines christlichen Europabildes und die nicht gefährdete staatliche Souveränität. Auch als Zeichen für die Annäherung haben die oppositionelle HZDS-LS und Smer unter öffentlichem Beifall des Regierungschefs für den Vertrag gestimmt. Dagegen stimmten die Kommunisten (KSS) und drei unabhängige Abgeordnete, aber auch die Regierungspartei KDĽ. Verstimmungen innerhalb der Regierungskoalition wurden in diesem Zusammenhang nicht versteckt. Die KDĽ hat unterdessen eine Klage von 13 Konservativen vor dem Verfassungsgericht unterstützt, die eine Ratifizierung von einem Referendum abhängig macht. Ob Staatspräsident Ivan Gašparovič der Empfehlung des II. Senates des Verfassungsgerichts entspricht, das Gesetz über den Verfassungsvertrag zu unterschreiben, ist offen.¹⁵

Die verzweifelten luxemburgischen Rettungsversuche für den EU-Finanzplan 2007-2013 auf dem gescheiterten Europäischen Rat im Juni 2005 in Brüssel bewirken auch für die Slowakei die Gefahr zumindest eines verzögerten Mittelzuflusses durch die EU. Dzurinda gehörte zu denjenigen „Neulingen“, die im letzten Moment durch den Verzicht auf Zuschüsse eine Einigung versuchten. Es wurde der Slowakei mit Anerkennung gut geschrieben, dass sie sich nicht nur aus fiskalischen Gründen für eine handlungsfähige Europäische Union eingesetzt hat. Sie ist auch in diesem positiven Sinne in der europäischen Innenpolitik angekommen.

Weiterführende Literatur

M. Kollár / G. Mesežnikov (Hrsg.): A Global Report on the State of Society, Slovakia 2004, Bratislava 2005.

Olga Gyárfášová / Zora Bútorová / Marián Velsic: Slovakia's First Year of EU and NATO Membership from Citizens' Perspective, in: Slovakia's Euro-Atlantic Integration – a Year After, Working Paper, Bratislava 2005.

¹⁴ Radio Slowakei International, 02.06.2005.

¹⁵ Durchaus der Situation in Deutschland vergleichbar. Vgl. hierzu Zuzana Petrikova: Ratifizierungsprozess in der Slowakei gestoppt, 19.07.2005; <http://www.cap-lmu.de/themen/eu-reform/ratifikation/slowakei.php>. EU: Überdurchschnittlich viele Slowaken sind für den Verfassungsvertrag: 60 %, Eurobarometer 63/2005, Befragung Mai-Juni 2005, S. 24. Platz 11.